

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit,“ Zuchfußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal Mk. 2 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband Mk. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr.
Verlags-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigespaltene Petitzeile ober deren Raum berechnet

An der Schwelle einer tariflosen Zeit.

Wenn diese Nummer des „Grundstein“ in unsere Hände kommt, ist der Reichstagsvertrag für das Baugewerbe abgelaufen, und mit ihm sind alle ertlichen Verträge hinfällig, die auf Grund des Reichstagsvertrages geschlossen worden sind. Wir stehen also überall dort, wo es unsere Kollegen nicht gelingt, ertliche Vereinbarungen mit den Unternehmern zu treffen, vor einer tariflosen Zeit. Damit ist eine Entwicklung zum vorläufigen Abschluss gelangt, gegen die in den Kreisen unserer Kollegen vielfach angekämpft worden ist und der wir uns als Organisation bislang doch nicht entziehen konnten.

Die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe ist noch nicht alt. Noch am Ausgang des vorigen Jahrhunderts war der Wert der Tarifverträge bei den Arbeitern sehr unstritten. Erst im Jahre 1899 hat sich ein Verbandstag der Maurer grundsätzlich für den Abschluss von Tarifverträgen erklärt, indem er aus sprach, es handle sich bei der gewerkschaftlichen Bewegung und Organisation um zweierlei: „einmal um die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und sodann darum, möglichst sichere Garantien dafür zu schaffen, daß diese Bedingungen auch respektiert und erfüllt werden, bis auf Grund besonderer Vereinbarung andere an ihre Stelle treten.“ Bei den Unternehmern ließ es damals der Herr-im-Haus-Standpunkt noch nicht zu, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln und Verträge mit ihnen abzuschließen. Die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern, wie sie sich in der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Organisation und Organisation kundgibt, war den Unternehmern noch in heißer Seele verhaßt. Aber noch in demselben Jahre wurden die Berliner Unternehmern zum Abschluss des ersten größeren Tarifvertrages gezwungen. Zahlreiche Bauarbeiten und eine mißgünstige Ausperrung waren dem Abschluss des Vertrages vorausgegangen.

Während sich die Berliner Unternehmern rasch mit der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen befreunden, weil sie damit Ruhe vor den fortgesetzten Bewegungen unserer Kollegen betamen, hat sich der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe noch lange gegen den Abschluss von Tarifverträgen gestraubt. Es bedurfte zahlreicher Kämpfe, bevor auch bei ihm der Herr-im-Haus-Standpunkt überwunden wurde. Erst als ein Ortsverband des Bundes nach den andern zum Abschluss eines Tarifvertrages gezwungen worden war, und als auch alle gegen die „Streitkassen“ der Arbeiter ins Werk gesetzten Ausperrungen nichts genützt hatten, wurde die Bundesbesetzung dem Abschluss von Tarifverträgen geneigt. Und nun ging der Bund sofort zu jener Zwangsvertragspolitik über, die in der Zentralisierung des ganzen Vertragswesens gipfelt und die den Unternehmern die Durchsetzung ihres Willens auf vertraglichen Wege ermöglichen sollte. Auf der Bundesgeneralversammlung im Jahre 1905 erklärte der Bundesvorsitzende, Herr Felsch: „eine Tarifgemeinschaft mit den Arbeitern zu schließen, sei das Idealste, was es gebe; um aber diese zu erreichen, dazu gehöre Macht.“ Eine Machtpolitik ist seitdem die Tarifpolitik des Arbeitgeberbundes geblieben. Sein Ziel blieb stets und unverändert die Gewinnung eines übertragenden Einflusses auf die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen; die Zerstörung der Macht der Arbeiterverbände schwebte ihm dauernd als Pata morgana vor. Durch die Zentralisierung des Tarifwesens suchte der Bund die Grundzüge zur Erreichung seines Zieles zu legen; große Ausperrungen sollten dazu das letzte Mittel sein.

Mit der Ausperrung aller baugewerblichen Arbeiter des Mainlandes im Jahre 1904 begann die Gewaltvertragspolitik, mit der Ausperrung in Rheinland-Westfalen (unter teilweisem Bruch der Verträge) wurde sie

fortgesetzt; der ganze Kampf des Bundes in den folgenden Jahren um den einseitigen Ablauf aller Tarifverträge diente dem einen Ziel: der Vorbereitung der großen Ausperrung zur Niederstämpfung der Arbeiterverbände. Sobald der Arbeitgeberbund zur Durchsetzung seiner Ziele die Macht zu haben glaubte, im Jahre 1910, sperrte er tatsächlich die gesamten deutschen Bauarbeiter, soweit er sie erreichen konnte, um zu noch größerer Macht zu gelangen und die Grundlage zu einer noch größeren Ausperrung zu schaffen, als es jene von 1910 gewesen ist. Er hat den Zusammenschluß der Baugewerke mit dem Hauptgewerbe in Angriff genommen und das Bestreben, für die Verträge aller dieser Gewerbe einen gemeinsamen Ablaufstermin zustande zu bringen, bis in die allerjüngste Zeit verfolgt. Noch Ende November vorigen Jahres brachte die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ jenen Artikel, in dem angekündigt wurde, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen zum ersten Male nicht der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, sondern der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände für die Unternehmern die Verhandlungen führen werde. Wenn man heute jenen Artikel noch einmal liest und sich der Vorrede im Malergewerbe erinnert, dann wird einem erst recht klar, welche Kräfte die Tarifverhandlungen im Baugewerbe zum Scheitern brachten. Es ist nicht der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe allein, der einem größeren Entgegenkommen an die Arbeiter hindernd im Wege stand; hinter ihm steht als treibende Kraft zweifellos der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände. Ob es von vornherein sein Wille war, die Tarifverhandlungen zum Scheitern zu bringen, oder ob er sich nur übernommen und die zu erwartende Haltung der Arbeiterverbände falsch eingeschätzt hat, wird die Zukunft lehren. Zu der jahrelang betriebenen Gewaltvertragspolitik des Arbeitgeberbundes will unserer Meinung nach das plötzliche Fahrenlassen aller tariflichen Erzeugnisse nicht recht passen.

Die Bauarbeiter können der jetzt beginnenden tariflosen Zeit mit gelassener Ruhe und fester Zuversicht entgegengehen. Die Mehrheit von ihnen hat zwar sicher den Ablauf der Tarifverträge nicht herbeigeseht, ebensowenig wie ihn die Organisationsleistungen herbeigeseht haben. Aber wohl ohne Ausnahme sind unsere Mitglieder der Meinung, daß Tarifverträge nur dann einen Sinn und einen Zweck haben, wenn durch sie den Arbeitern eine bestimmte Lebenshaltung garantiert, wenn den Arbeitern durch die Verträge wenigstens die Existenz gesichert wird. Für eine adäquate Lohn-erhöhung die Tarifverträge zu verlängern und sich auf ein oder — wie es der Arbeitgeberbund wollte — sogar auf zwei Jahre erneut zu binden, das war angesichts der heutigen Lebensmittelpreise ein Verlangen, das keine Bauarbeiterorganisation erfüllen konnte. Die Bauarbeiter ist hart und schmer; sie wird in Wind und Wetter ausgeht und erfordert Kräfte, die ein von Einschränkungen und Entschörungen aller Art geschwächter Körper auf die Dauer nicht aushalten kann. Die Bauarbeiterverbände sind es, angesichts der Haltung des Arbeitgeberbundes im vorigen Jahre, sich selber, sie sind es ihren Mitgliedern und deren Familien schuldig, den Arbeitern wenigstens die Freiheit zu wahren und sie nicht in tarifliche Fesseln zu schlagen, die unter den obwaltenden Verhältnissen doch gesprengt werden würden. Weder die Unternehmern noch sonst irgend jemand kann den Arbeitern zumuten, daß sie freiwillig Unmögliches auf sich nehmen.

Ein großer Teil unserer Mitglieder war mit der immer streifer werdenden Zentralisierung des Tarifwesens obneides schon lange unzufrieden und wünschte, daß das Tarifmuster so bald als möglich zerfallen würde. Man hätte sich zu sehr eingengt und zu sehr entrechtet. Man glaubte, daß unsere Kollegen in vielen Orten aus eigener Kraft hätten mehr herausgeholt können,

als was ihnen zentrale Verhandlungen und zentrale Abschlüsse brachten. Man rügte die Bestimmungen über das Verbot der Agitation auf den Arbeitsplätzen und den langen Inanspruchnahme, der es unsere Kollegen oft unmöglich machte, gegen eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen oder die Annäherung gewisser Unternehmern und Vorkere rasch und erfolgreich selber vorzugehen. Man rügte die immer weitere Ausbreitung der Mffordarbeit unter fätiger Mithilfe der Unparteiischen und noch manches andere. Manche dieser Liebesstände wurden von denen, die sich im übrigen mit der Zentralisierung des Tarifwesens abgefunden hatten, nicht minder scharf empfunden und nicht minder gehaßt als von den grundsätzlichen Gegnern dieser Art Tarifverträge. Wäre nicht der Krieg gekommen, so hätten die Arbeiterverbände in diesem Jahre sicher alles aufgegeben, um eine Verbesserung des Tarifmusters durchzuführen.

Nun brauchen wir das Tarifmuster nicht mehr zu zerlegen, der Arbeitgeberbund hat das durch seine Haltung selber besorgt; er hat uns nicht nur von den so oft und mit Recht kritisierten Bestimmungen, sondern überhaupt von den Tarifverträgen befreit. Wir stehen heute wieder da, wo wir am Ausgang des vorigen Jahrhunderts standen. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht wieder das freie Spiel der Kräfte. Es bleibt abzuwarten, wie lange den Unternehmern dieser Zustand behagt. Die Arbeiter brauchen ihn nicht zu fürchten. Schlechter als im letzten Jahre kann es ihnen auch in einer tariflosen Zeit nicht gehen. Sie müssen nur ihre Reihen geschlossen halten und mit jedem Tag noch fester schließen. Wenn sie das tun, dann können wir einen Tarifvertrag von der Güte des abgelaufenen wahrscheinlich sehr bald mit andern Lohnhöhen wieder haben, als sie der Arbeitgeberbund auf seiner letzten Generalversammlung beschloffen hat.

Inwieweit in den einzelnen Orten inzwischen Verhandlungen angebahnt worden sind und welche Erfolge sie hatten, ist uns noch nicht bekannt. Nur über den Stand der Dinge in Ostpreußen sind wir genau unterrichtet. Nach dem an anderer Stelle dieser Nummer veröffentlichten Bericht unseres Königsberger Bezirksausschusses sollen für Ostpreußen am 3. April unter Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Verhandlungen stattfinden. Was unser Königsberger Bezirksausschuß über den Stand der Dinge in Ostpreußen weiter berichtet, zeigt erneut mit voller Deutlichkeit, daß lediglich der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe daran schuld ist, wenn dort die Verlängerung der Verträge nicht möglich war. In zwei Orten, wo der Bund keinen Einfluß besitzt, nämlich in Lyck und Goldap, konnten die Verträge ohne Schwierigkeiten verlängert werden. Die Unternehmern haben dort Lohnhöhen von 24 bis 31 % die Stunde (einschließlich Feuerzulagen) bewilligt. In zwei andern Orten hatten die Unternehmern die Vertreter unseres Verbandes bereits zu Verhandlungen eingeladen, haben aber die Verhandlungen auf Veranlassung des Bundes — beziehungsweise seines Königsberger Bezirksverbandes — im letzten Augenblick wieder abgelehnt. Am 22. März hatte der Vorkreuzende des Königsberger Bezirksverbandes die ostpreussischen Unternehmern zu einer Konferenz versammelt, auf der beschloffen wurde, bei den Verhandlungen am 3. April einen Stundenlohn von 77 % und dazu die von der Bundesgeneralversammlung beschlossene Zulage von 5 % anzubieten.

Der Verband der Baugeschäftigen von Berlin und den Vororten hat kürzlich den Arbeiterverbänden eine Lohnhöhung von 11 % die Stunde für Maurer, Zimmerer und die qualifizierten Arbeiter, und 14 % für die übrigen Bauhilfsarbeiter angeboten. Weitere Verhandlungen sollen noch stattfinden.



Unser Verband im Jahre 1915.

In anderer Stelle dieser Nummer wird die Abrechnung der Verbandshauptkassen unseres Verbandes für das Jahr 1915 veröffentlicht. Die Abrechnung der einzelnen Zweigvereine, die sonst immer zehn Seiten und mehr vom „Grundstein“ eingenommen hat, soll in diesem Jahr auf Beschluss des Verbandsvorstandes — der Papier- und Kostenersparnis halber — im „Grundstein“ nicht veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung erfolgt aber, wie alljährlich, im Jahrbuch. Außerdem sollen von der Abrechnung im Jahrbuch jeden Zweigverein für seine Vorstandsmitglieder und Revisoren einige Abzüge zugestellt werden. Um unsern Kollegen einen Einblick in die Entwicklung des Verbandes im letzten Jahre zu geben, teilen wir hier die Hauptzahlen aus der Abrechnung mit.

Unser Verband hatte am Schlusse des Jahres 1915 noch 847 Zweigvereine gegen 888 im Jahre zuvor. Es sind im Laufe des Jahres 40 Vereine eingegangen — die meisten wohl, weil die Mitglieder ganz oder bis auf einen geringen Rest Kriegsdienste tun — fünf Vereine sind mit andern verschmolzen und vier sind neu gegründet worden. Die Mitgliederzahl des Verbandes belief sich im Jahresdurchschnitt auf 101 912 gegen 235 929 im Vorjahre. Wir hatten also durchschnittlich 134 017 = 66,8 p. Ct. Mitglieder weniger als im Jahre zuvor. In den einzelnen Bezirken bewegt sich der Mitgliederverlust zwischen 43,1 p. Ct. im Bezirk Wreslau und 91,8 p. Ct. im Bezirk Straßburg. Wie groß der durchschnittliche Mitgliederverlust in den einzelnen Bezirken ist, geht aus der nachstehenden Tabelle hervor:

Bezirk	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt		Abnahme	Prozent
	1914	1915		
Königsberg	5 540	1 967	3 573	64,5
Bromberg	6 061	1 788	4 273	70,5
Stettin	5 494	2 251	3 243	59,0
Wreslau	13 456	5 110	8 346	62,0
Berlin	20 707	10 599	10 108	48,8
Magdeburg	13 979	7 683	6 296	45,0
Frankfurt	9 122	3 659	5 463	59,9
Erfurt	15 566	6 640	8 926	57,3
Geln	14 201	4 560	9 641	67,9
Dortmund	9 801	2 933	6 868	70,1
Hannover	9 549	4 439	5 110	53,4
Bremen	9 676	4 100	5 576	57,6
Hamburg	16 158	7 713	8 445	52,3
Hofjod	4 717	2 387	2 330	49,4
Dresden	17 981	10 224	7 757	43,1
Leipzig	26 437	12 566	13 871	52,5
Wienberg	8 310	3 629	4 681	56,3
München	8 838	4 126	4 712	53,3
Stuttgart	5 050	1 696	3 354	66,4
Starkstraße	10 207	3 411	6 796	66,6
Straßburg	4 279	371	3 908	91,3
Zusammen	235 929	101 912	134 017	56,8

Nicht so groß wie im Jahresdurchschnitt ist der Mitgliederverlust, wenn wir die Mitgliederzahlen am Schlusse des vierten Quartals 1915 mit denen am Schlusse des vierten Quartals 1914 vergleichen. Am Schlusse des Jahres 1915 belief sich die Mitgliederzahl des Verbandes auf 82 988 Mitglieder gegen 152 629 am Schlusse des Jahres zuvor. Der Verlust belief sich hier auf 69 641 Mitglieder, das sind 45,5 p. Ct. Der Verband verlor im ersten Quartal 27 982, im zweiten 18 660, im dritten 11 934 und im vierten 11 063 Mitglieder. Leider haben wir darüber, wieviel von den 69 641 am Schlusse des Jahres weniger vorhandenen Mitgliedern zum Heeresdienst eingezogen waren, keine genauen Angaben, so daß sich nicht feststellen läßt, wie groß der tatsächliche Mitgliederverlust im Laufe des Jahres gewesen ist. Sicher ist aber, daß nicht der ganze Verlust auf die Einberufung zum Heeresdienst zurückzuführen ist. — In den einzelnen Bezirken und Quartalen war die Mitgliederbewegung wie folgt:

Bezirk	Mitgliederzahl am Schlusse des Quartals				Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt
	ersten	zweiten	dritten	vierten	
Königsberg	1 842	2 003	2 170	1 852	1 967
Bromberg	2 110	1 888	1 639	1 516	1 788
Stettin	2 943	2 338	1 981	1 743	2 251
Wreslau	6 487	5 333	4 581	4 041	5 110
Berlin	12 656	10 984	9 772	8 986	10 599
Magdeburg	8 370	7 881	7 651	6 828	7 683
Frankfurt	4 691	3 878	3 294	2 775	3 659
Erfurt	7 939	6 925	6 252	5 473	6 640
Geln	6 105	4 699	3 987	3 449	4 560
Dortmund	3 704	3 085	2 648	2 295	2 933
Hannover	5 919	4 662	3 973	3 441	4 439
Bremen	5 202	4 304	3 658	3 234	4 100
Hamburg	9 899	8 434	6 678	5 842	7 713
Hofjod	2 984	2 448	2 210	1 905	2 387
Dresden	11 912	10 423	9 577	8 982	10 224
Leipzig	15 549	12 781	11 573	10 962	12 566
Wienberg	4 613	3 728	3 391	2 782	3 629
München	4 791	4 299	3 965	3 451	4 126
Stuttgart	3 279	1 823	1 422	1 262	1 696
Starkstraße	4 188	3 870	3 283	2 925	3 411
Straßburg	487	394	369	339	371
Zusammen	124 640	105 980	94 046	82 983	101 912

Die folgende Tabelle zeigt uns, wie sich die im Jahresdurchschnitt noch vorhanden gewesenen Mitglieder auf die einzelnen Berufsgruppen verteilen:

Bezirk	Maurer	Handwerker im Klein- und Kleingewerbe	Wagner	Glaser	Bau- und Tischler	Handwerker im Groß- und Kleingewerbe	Glaser	Ueberrichter	Durchschnitt
Königsberg	1189	8	14	30	2	719	5	1907	
Bromberg	1281	—	8	—	—	498	1	1788	
Stettin	1635	8	—	4	1	583	15	2951	
Wreslau	3622	27	18	57	33	5	1338	10	5110
Berlin	5993	83	1032	329	275	132	2699	36	10599
Magdeburg	6111	8	—	19	7	11	1525	2	7683
Frankfurt	2086	5	4	25	17	2	851	71	3659
Erfurt	3793	63	62	144	265	21	1079	326	6640
Geln	2158	125	127	429	183	30	1428	80	4560
Dortmund	1815	33	—	76	68	14	763	164	2933
Hannover	3218	17	10	36	36	29	1106	80	4499
Bremen	2060	16	—	31	85	13	1339	556	4100
Hamburg	4297	212	—	293	251	65	2305	140	7713
Hofjod	1701	—	—	1	4	—	652	29	2387
Dresden	5937	31	—	58	55	41	4036	66	10224
Leipzig	8802	42	52	116	133	73	3522	275	12566
Wienberg	1622	18	—	356	32	7	1381	215	3629
München	1841	21	122	66	147	13	1861	256	4126
Stuttgart	856	40	—	265	47	10	328	50	1696
Starkstraße	2082	28	—	217	113	11	804	156	3411
Straßburg	163	2	—	25	16	1	153	11	371
Zusammen	62247	787	1448	2527	1825	464	30069	2545	101912

Es entfielen demnach: auf die Gruppe der Maurer 62 247 Mitglieder, auf die der Hilfsarbeiter 80 069, auf die der Erdarbeiter 2545, auf die der Stukkateure 2527, auf die der Zement- und Betonarbeiter 1825, auf die der Putzer 1448, auf die der Fliesenleger und Terrazzoarbeiter 787 und auf die der Holzerer und Steinbildhauer 464.

Natürlich hat auch unser Finanzwesen unter dem Kriege stark gelitten. Die Einnahmen sind infolge der verringerten Mitgliederzahl erheblich zurückgegangen. Unsere Zweigvereine hatten eine Gesamteinnahme für die Hauptkassen von M. 4 737 678,50 gegen M. 7 705 057,07 im Vorjahre. Von dieser Einnahme bestand aber ein großer Teil aus Zuschüssen aus der Hauptkasse. So betrug der Zuschuß für Notstands- und Familienunterstützung M. 1 881 251,63, für Arbeitslosenunterstützung M. 14 507,30, für Rechtschutz, Kranken- und Sterbeunterstützung M. 4 436,41 und für Streiks und Baupersonen M. 319. Ferner waren von der Gesamteinnahme M. 77 476,75 Hauptkassengelder, die im vorigen Jahre in den Zweigvereinen geliehen waren, und M. 56 847,44 aus den Vorkassens veranlagte Gelder. Die Gesamteinnahme der Zweigvereine für die Hauptkassen betrug M. 2 701 834,97. Von dieser Summe entfielen M. 2 693 778,06 auf wöchentliche Beiträge, M. 4 555,60 auf Interimsschäfer, M. 223,30 auf Erbschaften und M. 3 278,01 auf sonstige Einnahmen. Mit den M. 579,05, die die Hauptkassen in Hamburg von Einzelgehältern für Beiträge eingenommen hat, belief sich die Gesamteinnahme des Verbandes für Beiträge auf M. 2 694 357,11 gegen M. 5 517 538,34 im Jahre zuvor. Die Mindereinnahme an Beiträgen beträgt M. 2 823 181,23. Dabei ist aber zu beachten, daß die ersten sieben Monate des Jahres 1914 noch Friedensmonate waren, so daß ein Vergleich der Einnahmen beider Jahre nicht seine sonstige Bedeutung hat.

Von den Gesamteinnahmen für die Hauptkassen in den Zweigvereinen (einschließlich der Zuschüsse) wurden M. 1 179 938,47 nach Hamburg gefandt. Am Ende bestanden wurden M. 45 246,82 an die Vorkassens in den 1914 und 1915 ausgelegten Geldern M. 273 441,21 zurückgezahlt, M. 6726,35 mußten die Zweigvereine als Verlust buchen. Die gesamte übrige Summe wurde für Unterhaltungen ausgegeben, und zwar: M. 2378,72 für Baupersonen, M. 1899,67 für Arbeitslosenunterstützung, M. 102 711,37 für Arbeitslosenunterstützung, M. 86 874,77 für Krankenunterstützung, M. 9034,65 für Rechtschutz, M. 1067 für Gemeindefürsorgeunterstützung, M. 180 762,30 für Sterbeunterstützung, M. 823 310,49 für Kriegsnotstandsunterstützung und M. 2 024 281,69 für Unterhaltung an die Familien der zum Heer eingezogenen Kollegen. Fast 3 Millionen Mark, also erheblich mehr als unsere gesamte Einnahme aus Beiträgen, hat demnach auch in diesem Jahre der Verband wieder für Unterhaltungen ausgegeben, die mit dem Kriege im Zusammenhang stehen.

Die Verbandshauptkassen in Hamburg hatten eine Gesamteinnahme von M. 3 929 140,62. Hier stehen an erster Stelle M. 1 234 000 von der Bank erhobene Gelder; dann folgen die von den Zweigvereinen für Beiträge und Interimsschäfer eingekommenen M. 1 179 938,47. Die Einnahme aus Zinsen belegter Kapitalien belief sich auf M. 602 620,98. Die übrigen Einnahmen waren kleinere Summen für Schriften usw. Von den Ausgaben der Hauptkassen seien genannt: M. 129 918 für das Verbandsgeld (im Vorjahre M. 234 800,41), Agitation und Zuschuß an die Bezirkskassen M. 189 755,58 (im Vorjahre M. 238 736,18), Gehaltszuschuß an die Zweigvereinsbeamten M. 109 261,96, die schon genannten Zuschüsse für die verschiedenen Unterhaltungen in Höhe von fast 2 Millionen Mark, M. 21 415,16 Beitrag an die General-Kommission, M. 45 927 für die Angefallenen und M. 59 276,80 für die Bureauhilfsarbeiter, M. 49 436,78 Beitrag an die Verbandshilfsarbeiter, M. 1 382 491,98 wurden bei der Bank neu belegt. Die übrigen Ausgaben waren kleinere Posten.

Das Gesamtvermögen des Verbandes belief sich am Schlusse des letzten Jahres auf M. 16 861 693,28. Davon waren M. 14 685 656,17 in der Verbandshauptkasse, M. 2 163 344,29 in den Vorkassens und M. 12 692,82 in den Bezirkskassen. Das Gesamtvermögen des Verbandes hat sich gegen das vorige Jahr um M. 711 560,40 vermindert. Das ist eine Folge der gesunkenen Einnahmen und der hohen Ausgaben für die Familien unserer im Felde befindlichen Kollegen. Die Gesamtfinanzlage unseres Verbandes ist trotz dieser hohen Ausgaben, trotz der nun schon einvierteljahrigen Kriegsdauer günstig. Wir wollen hoffen, daß sie auch während der ferneren Dauer des Krieges günstig bleiben möge, damit der Verband unsern aus dem Felde heimkehrenden Kriegern und allen andern Kollegen der Schirm und Hort bleiben kann, der er ihnen immer gewesen ist. Mögen unsere Kollegen die Stärke des Verbandes und seiner Finanzen in diesem Jahre durch eine eifrige Mitarbeit soviel wie möglich fördern.

Jugendabteilung.

Start in Mitteldeutschland gezogen worden ist im Berichtsjahre auch die Jugendabteilung. Das ist ganz natürlich; denn die Zahl der neu in den Beruf eingetretenen Lehrlinge war natürlich bei den: fallen Daniederliegenden der Bauabteilung nur gering. Der Abgang aber — teils durch Übertritt in den Verband, teils durch Einziehung zum Militär, besonders aber durch den Uebergang zu andern Berufen — ziemlich groß. Hier und dort mögen der Jugendabteilung auch noch aus andern Gründen Mitglieder verlorengegangen sein. In 15 Orten mußten die Jugendabteilungen ganz aufgelöst werden; ihre Zahl hat sich demnach von 162 auf 147 vermindert. Die Mitgliederzahl ist im Jahresdurchschnitt von 3262 auf 1751 herabgegangen. Der Verlust belief sich auf 1511 Mitglieder. Befristet wurde auch der Markenmarkt zurückgegangen. Ingesamt waren noch 120 675 Marken verkauft gegen 77 988 im Jahre zuvor. Das ist ein Weniger von 42 687 Beitragsmarken. Die Gesamteinnahme der örtlichen Abteilungen belief sich auf M. 8976,60 gegen M. 13 672,79 im Vorjahre. Die örtlichen Einnahmen sind also um M. 4696,19 zurückgegangen. Von den Einnahmen stammten M. 8925 aus Beiträgen, M. 1240 aus sonstigen Einnahmen und M. 39,20 sind Zuschuß aus der Hauptkasse. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von M. 25 760,42. Davon stammten außer den schon genannten Summen für Beiträge und Sonstiges M. 539,80 aus Zinsen für belegte Gelder und M. 16 283,22 waren Bestand vom Jahr zuvor. Ausgegeben wurden: für die „Arbeiterjugend“ M. 2618,99, für Arbeitslosenunterstützung M. 37,30, für Krankenunterstützung M. 58,65, für die Verwallung in den einzelnen Orten M. 478,86 und für Bibliothekszwecke M. 95,60. Das Vermögen der Abteilung betrug am Schlusse des Jahres M. 24 476,02; es hat sich im Laufe des Jahres um M. 6192,89 vermehrt.

In der letzten Zeit haben verschiedentlich Innungen und andere Körperschaften stark für die Herabsetzung einer größeren Zahl von Lehrlingen Stimmung gemacht. So hat Anfang März der „Bau-Innungs-Bezirksverband für Westfalen-Schwerin“ den einzelnen Innungen empfohlen, den Lehrlingen höhere Besätze in Aussicht zu stellen, um eine größere Zahl von Lehrlingen heranzuziehen. Ein ähnlicher Vorschlag wurde Anfang März in der Vorkassensammlung der sächsischen Handwerkerkammern gemacht. Falls wirklich — trotz des Krieges — schon in diesem Jahre eine größere Anzahl Lehrlinge in unsere Gewerbe zugeführt werden sollte, wird es überal die ernste Sorge unserer Jugendpflichtigen und aller Kollegen sein müssen, die Lehrlinge unserer Abteilungen zuzuführen. Auch sonst muß die Mitarbeit für die Abteilungen, sofern sie nur irgend Aussicht auf Erfolg bietet, auch während der Dauer des Krieges eifrig betrieben werden.

Zum Ablauf der Tarifverträge.

Mit den Tarifverhandlungen und deren Ergebnis beschäftigt die Tarifabteilung den Mitgliederverammlung in Bielefeld. Nach einem kurzen Vortrag des Kollegen Ferd. Schmidt sah die Versammlung einstimmig folgenden Beschluß: „Die Versammlung bezieht das Angebot der Unternehmer als völlig unzureichend zur Erneuerung des Tarifvertrages. Die als Tarifabteilung entgegenkommener Erhöhung wird als notwendigste Maßnahme angesehen, die in der Erwartung auf eine baldige bessere Zulage, die der heutigen Notlage entgegenkommt, gerecht wird. Dort, wo die Unternehmer die entsprechende Lohnerhöhung von 5 A etwa nicht zahlen wollten, ist sofort dem Zweigvereinsvorsitzenden M. 21. März den Versuch zu machen, die Arbeitszeit zu vermindern, so ist dieser Versuch mit allen Mitteln zurückzuführen. Nirgends darf eine Verschärfung der Lehrlingen, unter schweren Opfern erlangten Arbeitsbedingungen, Blöß gegeben. Sollten sich nach Ueberzeugung der Kollegen bei dringenden Arbeiten Ueberstunden nicht vermeiden lassen, so sind diese nur im Einverständnis mit der Organisationsleitung und unter der Bedingung zu machen, daß für jede Ueberstunde fast 15 A in Zukunft 20 A mehr zu zahlen sind.“ Die Versammlung war von ganzem Geiste befeuert, und es wurden wieder eine Anzahl Resolutionsentwürfe gemacht. — In Umezien wurde in einer außerordentlichen Versammlung von der Konferenz in Gletten Beschlüsse erlassen. Die Versammlung war von dem gleichen Geiste erfüllt. Die Versammlung war von der Konferenz geteilt hat. Es wurde beschlossen, dem Arbeitgeberverbände einen Antrag auf Verlängerung des Ver-

trages zu unterbreiten mit einer Kriegszulage von 17 1/2 % für Maurer und 20 % für Hilfsarbeiter. Von jenen Kollegen, die nicht zur Versammlung gekommen sind, wird erwartet, daß sie sich aufpassen und in der nächsten Zeit ihre Pflicht tun. — In Düsseldorf gab in einer Mitgliederbesprechung Kollege Abel den Bericht von der Bezirkskonferenz. In der darauffolgenden Diskussion waren sich alle Redner darin einig, daß das Angebot der Unternehmer völlig unzureichend sei. Es müßte unter allen Umständen mindestens eine Zulage von 20 bis 25 % erteilt werden. Die Versammlung wünschte, die Vertreter der Arbeiter möchten bei etwaigen neuen Verhandlungen nicht von den berechtigten Forderungen der Bauarbeiter abgehen.

Am 19. März tagte in Nürnberg eine Bezirkskonferenz unserer nordbayerischen Zweigvereine. Kollege Merkel gab zuerst einen lebhaften Bericht über den Stand der Organisation im Bezirk. Bei Beginn des Krieges stieg der Bezirk Nordbayern 1049 organisierte Kollegen. Jetzt sind es noch rund 8000. Zum Jahre einberufen wurden etwa 6000 Mitglieder, von denen leider nur eingelaufene Meldungen bereits 385 gefaßt sind. Die Verluste haben sich von 38 auf 25 vermindert, und zwar in der Hauptsache durch Ermordung mit und ohne der Frontlinie. Die Besetzung mit und ohne Frontlinie entsprechend der Kopfzahl der Mitglieder in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist. Die Unterhaltungsleistungen des Verbandes wurden im Jahre 1914 besonders stark in Anspruch genommen. Einer Beilage zum 12. März für den Monat März 1915, während der Unterhaltung auf 18,28 für den Monat März 1915, wobei 857 Neuaufnahmen konnten im vorletzten Jahre gemacht werden. Wenn auch manches in der Organisation in einzelnen Zweigvereinen nicht besser sein könnte, so ist doch der Stand der Organisation unter Berücksichtigung der Kriegsumstände nicht unersichtlich. Kollege Merkel ging dann auf die Bewegung zur Erlangung von Feuererzeugnissen und auf den Ablauf der Tarifverträge ein. Er schilderte die Steigerung der Lebensmittelpreise in den einzelnen Orten und wies nach, daß unsere Verhandlung das Angebot der Unternehmer als ungenügend zurückweisen mußte.

In der Aussprache kamen recht erbauliche Dinge zur Sprache. So berichtete der Vertreter von Bayreuth, daß die Unternehmer im Zweigvereinsgebiet den Beschluß der Tarifvertragskommission auf Gehobung einer Zulage völlig unberücksichtigt gelassen haben. Zwei Unternehmer haben sogar bis vor kurzem noch das Tariflohn von 45 % gezahlt. (Man muß in diesem Falle nicht nur über das Verhalten der Unternehmer klären, sondern noch mehr darüber, daß sich unsere Kollegen etwas davor zu scheuen lassen, das „Gewandeln“) Auch in Hof saßen nur vereinzelte Unternehmer die Zulage, ebenso in der Reihe anderer Orte. Selbst in Nürnberg, dem Sitz des Verbandes vom Reichsbund baugewerblicher Arbeitervereine, daß große Firmen die Zulage nicht, inwieweit sie in Rücksicht von allen Beschäftigten Firmen bezahlt wird. Man muß erwarten, daß unsere Kollegen überall davon hinter die Geschichte machen und dafür sorgen, daß sich wenigstens kein Unternehmer um die Bezahlung der vom Bund beschlossenen Zulagen dreht. Das muß auch im Bezirk Nürnberg, trotz der sehr schlechten Verhältnisse, möglich sein. Als großes Durchbruchstück allen Delegierten beglückwünscht, daß man die Spezialarbeiter, wie Stufarbeiter, Hüttenarbeiter und Steinbauer, von der Bezahlung einer Feuererzeugzulage ausschließen will. Diese müssen erst und zweitens wissen, was die andere Zulage betrifft bezogen. Einmütig war man auch der Meinung, daß die von den Unternehmern überbrachten zerhackten Feuererzeugzulage weit hinter dem liegt, was man erwarten sollte. Die Konferenz nahm einstimmig eine Entschließung an, die sich mit der Zahlung der Arbeitervereine bei den Verhandlungen einmütig erklärte. Da das Angebot der Unternehmer, eine Feuererzeugzulage von 4, 5 und 8 % für die Arbeitslosen zu gestatten, in gar keiner Weise den bereits eingetragenen sowie noch weiter zu erwartenden Feuererzeugleistungen entspräche, erwartete die Bezirkskonferenz, daß bei etwa noch weiter bestehenden Verhandlungen mit Vertretern des Reichsbundes für das Baugewerbe diese noch weitere Zugeständnisse machen werden. Für etwaige weitere Tarifverhandlungen beauftragte die Konferenz ihre Vertreter, für die Befestigung der Forderung von Feuererzeugzulage ganz besonders über die unteren Stufen, zu wirken, da sonst die Arbeiter in Orten mit unter 5000 Einwohnern doppelt benachteiligt sein würden, indem erstens in diesen Orten die Stundenlohn ohnehin niedriger seien und zweitens sich diese Orte in der Regel in der Umgebung von größeren Städten befinden, wo sich die Zulage noch weit höher machen als in der Stadt selbst. Sollte jedoch in Bezug auf die Entschädigung weiser, die von den Unternehmern anstehende gewollte tarifliche Zeit eintreten, so würden sich die Bauarbeiter Nordbayerns ihrer Haut zu wehren wissen. In der anschließenden Arbeitsordnung irgendwelche Verschärfungen der Arbeitsbedingungen ganz besonders eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, enthalten sein sollte.

In Erfurt nahmen unsere Kollegen am 21. März gemeinsam mit den Zimmerern Stellung zum Tarifangebot und zu dem Verhalten des Reichsbundes. Die Versammlung nahm nach einem Bericht des Bezirksleiters der Zimmerer einstimmig folgende Entschließung an: „Die heute, den 21. März, tagende gemeinsame Versammlung der Mitglieder beider am Tarifverträge beteiligten Verbände hat von dem Verhalten der am 11. und 12. Februar in Berlin stattgefundenen gemeinsamen Verhandlungsstände Kenntnis genommen; ebenfalls auch von dem am 20. Februar gefaßten Beschluß der Sonderversammlung des Baugewerbes für das Baugewerbe. Die Versammlung erklärt dazu, daß sie die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag für unzulänglich hält, jedoch die Angebote der Arbeitgeber im Interesse der Lebenshaltung ihrer Mitglieder für sich wertschätzend genug hält, um den am 21. März ablaufenden Tarifvertrag auf solcher Grundlage zu verhängen, und

schließt sich vollständig den Forderungen ihrer Vertreter bei den genannten Verhandlungen an. Weiter erklärt die Versammlung, daß, sollte es bis zum Ablauf des Vertrages zu keiner Verständigung mehr kommen, die Anwesenden sich verpflichten, bei allen ihren Mitarbeitern dahin zu wirken, daß durch eine tarifliche Zeit keine Verhältnisse geschaffen werden, die ein Schaden für die Arbeiter des Baugewerbes sind. In diesem Zweck verpflichten sich alle Anwesenden, gemeinsam dahin zu wirken, daß durch eine intensive Agitation alle uns noch fernstehenden Bauarbeiter ihrer Berufsorganisation zugeführt werden, damit beide Organisationen stets gerüstet und zu jeder Zeit aktionsfähig sind.“ In der Aussprache hatten alle Redner das Angebot des Bundes für viel zu niedrig erklärt. Auch wurde bemängelt, daß die sogenannte freiwillige Zulage nach Kriegsausbruch wohl sofort wieder verschwinden sollte. Weiter wurde festgestellt, daß am 17. März nicht von allen Bezirken die Zulage gefaßt worden sei.

Der Stand der Tarifverhandlungen in Ostpreußen.

Unser Königsberger Bezirksausführer schreibt uns: Im Stand der Tarifverhandlungen ist insofern eine Veränderung eingetreten, als nunmehr die Herr Oberpräsident eingegriffen und zu Verhandlungen auf Montag, 3. April, vormittags 10 Uhr, in den Saal des Landeshauses eingeladen hat. Der Bezirksverband der Unternehmer wird der Einladung folgen. — Den trampschaften Bemühungen des Reichsbundes des Bezirksverbandes der Arbeiter für das Baugewerbe ist es nun doch noch gelungen, die einzelnen Ortsverbände des Bundes dazuzuzumitteln und wenigstens in direkten Verhandlungen mit uns abzusprechen. Im letzten Augenblick tele-

graphierten die Unternehmer aus Memel und Billaillen, die auf unser Ersuchen zu Verhandlungen eingeladen hatten, ab. Am 22. März half der Bezirksverband unter der Leitung des Herrn Lauffe die Ortsverbände zu einer nachmittäglichen Aussprache einladen. Soweit wir unterrichtet sind, war diese Versammlung besser besucht als die vorhergehenden Zusammenkünfte. Beschlossen wurde, die in den Verhandlungen am 3. April den nach den Angaben der anwesenden Unternehmer ermittelten Durchschnittslohn der Maurer in Höhe von 77 % die Stunde anzubieten und außerdem die vom Bund beschlossene Feuererzeugzulage von 5 % die Stunde durch die Hilfsarbeiter zu leisten. Der Tariflohn nicht erreicht. Für die Hilfsarbeiter soll das Angebot entsprechend niedriger sein. Dieser Beschluß ist der Art, der den Bezirksverband zusammenfaßt. Verhandlungen fanden in den letzten Tagen in Lyda, Gollap, Okerode und Stallupönen statt. In Okerode scheiterten die an dem niedrigen Angebot der Unternehmer. Nach diesem Angebot sollte der Tariflohn von 64 auf 50 % erhöht und die Feuererzeugzulage auf 14 % die Stunde bemessen werden. Für die Hilfsarbeiter wurden 30 % Tariflohn und 11 % Feuererzeugzulage die Stunde geboten. Wie jedoch den 20 % Feuererzeugzulage für Maurer, 50 % für Hilfsarbeiter und 20 % Feuererzeugzulage. Da das Lohngebiet Okerode nur zum kleinen Teil wieder aufbauegebiet ist, wurden die Forderungen für das Nichtwiederaufbauegebiet im Laufe der Verhandlungen für die Hilfsarbeiter auf 48 % die Stunde ermäßigt, die Feuererzeugzulage sollte für Maurer 10 % und für die Hilfsarbeiter 8 % betragen. Für das Wiederaufbauegebiet wurde dagegen die Forderung aufrechterhalten. Aber auch die ermäßigte Forderung lehnten die Unternehmer ab. In Stallupönen scheiterten die Verhandlungen ebenfalls, da die Unternehmer überaus sein Angebot machten. Sie wollten erst den Ausgang der am 3. April stattfindenden allgemeinen Verhandlungen abwarten. Für die Lohngebiete Lyda und Gollap konnten dagegen Verträge abgeschlossen werden. Das Lohngebiet Lyda umfaßt die Lohngebiete Westpragorabow, Köpen, Jossamitzow und Kops. Der Vertrag ist vorläufig abgeschlossen für den Lohnbezirk Lyda, während die Verhandlungen für die übrigen Lohnbezirke am 28. und 29. März stattfanden. Noch handelt es sich bei diesen Verhandlungen nur noch um Formalitäten. Das Lohngebiet Gollap umfaßt den Kreis Gollap. Auf die Unternehmer beider Lohngebiete haben der Bezirksverband der Arbeiter beider Lohngebiete in Berlin keinen Einfluß. Der Tariflohn für Maurer betrug bisher in Lyda 65 % und in Gollap 64 % die Stunde. Er ist nunmehr erhöht auf 65 %. Dazu gibt es eine Feuererzeugzulage von 20 %. Der Tariflohn für Hilfsarbeiter betrug bisher in Lyda 33 %, für Träger 38 %. Er ist erhöht auf 48 %, während die Feuererzeugzulage 12 % beträgt. Diese Löhne sind in der Stadt zu zahlen. Auf dem Lande erhöht sich der Stundenlohn für jede Gruppe noch um 5 %. In Gollap betrug der Tariflohn der Hilfsarbeiter bisher 30 beziehungsweise 40 %. Er ist erhöht auf 48 beziehungsweise 52 %, während die Feuererzeugzulage 12 % die Stunde betragen soll. Auch diese Erhöhungen sind bei Landarbeiten noch um 5 %. Der Tariflohn ist bis 15. April 1916 vereinbart. Die Feuererzeugzulage vorläufig bis 31. März 1917. Die bisherigen Vereinbarungen bezüglich der Unterhaltungsräume und der Befestigung der Lebensmittel bleiben bestehen. — In bemerken ist noch, daß der Reichsbund un-

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Ergebnis zum Ergebnis der Feststellung vom 13. März. Der nachträglich vom Bezirk Frankfurt a. M. eingegangene Bericht verzeichnet 15 Zweigvereine mit 5480 Mitgliedern. Arbeitslos waren 23 Mitglieder = 0,4 % d. d. Gesamtmitglieder. Die Feststellung ändert sich dadurch wie folgt: Es bestanden 851 Zweigvereine, von denen 840 mit 80891 Mitgliedern berichtet haben. Die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Mitglieder hat betragen 3301 = 4,06 % d. d. Gesamtmitgliederzahl.

Die Arbeitslosenunterstützung erhielten 7 Mitglieder. Dadurch erhöhte sich die Gesamtzahl der Unterstützungsbezieher auf 1915. Die Verhältniszahl vermindert sich von 2,33 % auf 2,37 %.

Ergebnis der Feststellung vom 20. März.

Der aus allen Bezirken vorliegende Bericht verzeichnet 851 Zweigvereine, von denen 838 mit 80873 Mitgliedern berichtet haben. Es haben demnach 2 Zweigvereine weniger berichtet als in der Vormoche. Die Zahl der erfaßten Mitglieder ist um 18 geringer als in der Vormoche. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 3301 auf 2542, also um 759 zurückgegangen. Vom Hundert der Gesamtmitglieder waren arbeitslos 3,14 % d. d. gegen 4,06 % in der Vormoche. An dem Rückgang der Arbeitslosigkeit sind diesmal alle Bezirke beteiligt. Im einzelnen ist das Verhältnis wie folgt: Weniger als 1 % d. d. Arbeitslose haben die Bezirke Frankfurt a. M., Geln, Dortmund, Bremen und Karlsruhe. Dann folgen Magdeburg 1,1, Hannover 1,7, Erfurt 2,3, Hamburg 2,5, Straßburg 3,4, Berlin und Leipzig 3,5, Nürnberg 3,7, München 4, Dresden 4,3, Rostock 5,3, Weeslau 5,8, Stuttgart 6,2, Königsberg 6,5, Stettin 7,1 und Bromberg 13,8 %.

In der Arbeitslosenunterstützung ist eine Veränderung nicht eingetreten. Die Zahl der Bezieher wie die Verhältniszahl bleiben mit 1915 oder 2,37 % genau dieselben wie in der Vormoche.

Verbandskollegen!
Sorgt dafür, daß sich kein Unternehmer um die Zahlung der von der Bundesgeneralversammlung beschlossenen Zulagen dreht!

graphierten die Unternehmer aus Memel und Billaillen, die auf unser Ersuchen zu Verhandlungen eingeladen hatten, ab. Am 22. März half der Bezirksverband unter der Leitung des Herrn Lauffe die Ortsverbände zu einer nachmittäglichen Aussprache einladen. Soweit wir unterrichtet sind, war diese Versammlung besser besucht als die vorhergehenden Zusammenkünfte. Beschlossen wurde, die in den Verhandlungen am 3. April den nach den Angaben der anwesenden Unternehmer ermittelten Durchschnittslohn der Maurer in Höhe von 77 % die Stunde anzubieten und außerdem die vom Bund beschlossene Feuererzeugzulage von 5 % die Stunde durch die Hilfsarbeiter zu leisten. Der Tariflohn nicht erreicht. Für die Hilfsarbeiter soll das Angebot entsprechend niedriger sein. Dieser Beschluß ist der Art, der den Bezirksverband zusammenfaßt. Verhandlungen fanden in den letzten Tagen in Lyda, Gollap, Okerode und Stallupönen statt. In Okerode scheiterten die an dem niedrigen Angebot der Unternehmer. Nach diesem Angebot sollte der Tariflohn von 64 auf 50 % erhöht und die Feuererzeugzulage auf 14 % die Stunde bemessen werden. Für die Hilfsarbeiter wurden 30 % Tariflohn und 11 % Feuererzeugzulage die Stunde geboten. Wie jedoch den 20 % Feuererzeugzulage für Maurer, 50 % für Hilfsarbeiter und 20 % Feuererzeugzulage. Da das Lohngebiet Okerode nur zum kleinen Teil wieder aufbauegebiet ist, wurden die Forderungen für das Nichtwiederaufbauegebiet im Laufe der Verhandlungen für die Hilfsarbeiter auf 48 % die Stunde ermäßigt, die Feuererzeugzulage sollte für Maurer 10 % und für die Hilfsarbeiter 8 % betragen. Für das Wiederaufbauegebiet wurde dagegen die Forderung aufrechterhalten. Aber auch die ermäßigte Forderung lehnten die Unternehmer ab. In Stallupönen scheiterten die Verhandlungen ebenfalls, da die Unternehmer überaus sein Angebot machten. Sie wollten erst den Ausgang der am 3. April stattfindenden allgemeinen Verhandlungen abwarten. Für die Lohngebiete Lyda und Gollap konnten dagegen Verträge abgeschlossen werden. Das Lohngebiet Lyda umfaßt die Lohngebiete Westpragorabow, Köpen, Jossamitzow und Kops. Der Vertrag ist vorläufig abgeschlossen für den Lohnbezirk Lyda, während die Verhandlungen für die übrigen Lohnbezirke am 28. und 29. März stattfanden. Noch handelt es sich bei diesen Verhandlungen nur noch um Formalitäten. Das Lohngebiet Gollap umfaßt den Kreis Gollap. Auf die Unternehmer beider Lohngebiete haben der Bezirksverband der Arbeiter beider Lohngebiete in Berlin keinen Einfluß. Der Tariflohn für Maurer betrug bisher in Lyda 65 % und in Gollap 64 % die Stunde. Er ist nunmehr erhöht auf 65 %. Dazu gibt es eine Feuererzeugzulage von 20 %. Der Tariflohn für Hilfsarbeiter betrug bisher in Lyda 33 %, für Träger 38 %. Er ist erhöht auf 48 %, während die Feuererzeugzulage 12 % beträgt. Diese Löhne sind in der Stadt zu zahlen. Auf dem Lande erhöht sich der Stundenlohn für jede Gruppe noch um 5 %. In Gollap betrug der Tariflohn der Hilfsarbeiter bisher 30 beziehungsweise 40 %. Er ist erhöht auf 48 beziehungsweise 52 %, während die Feuererzeugzulage 12 % die Stunde betragen soll. Auch diese Erhöhungen sind bei Landarbeiten noch um 5 %. Der Tariflohn ist bis 15. April 1916 vereinbart. Die Feuererzeugzulage vorläufig bis 31. März 1917. Die bisherigen Vereinbarungen bezüglich der Unterhaltungsräume und der Befestigung der Lebensmittel bleiben bestehen. — In bemerken ist noch, daß der Reichsbund un-

Bezirk	Zahl der Zweigvereine	Personen berichtet	In den berichtenden Zweigvereinen	
			Betrag der Mitgliederzahl am 31. März der abgelaufenen Woche	erhielten in der abgelaufenen Woche Arbeitslosenunterstützung
1. Königsberg...	20	19	2054	111
2. Bromberg...	36	36	1480	179
3. Stettin...	58	58	1736	108
4. Breslau...	58	57	3968	152
5. Berlin...	85	84	8670	175
6. Magdeburg...	92	92	6716	67
7. Erfurt...	43	43	2668	35
8. Frankfurt...	15	15	5489	8
9. Geln...	15	17	8413	212
10. Dortmund...	17	17	2296	12
11. Hannover...	46	46	3298	28
12. Bremen...	31	31	3144	10
13. Hamburg...	74	74	5817	105
14. Weeslau...	65	63	1854	91
15. Dresden...	17	17	8413	242
16. Leipzig...	82	81	9864	273
17. Nürnberg...	25	25	2736	106
18. München...	88	33	3351	123
19. Stuttgart...	9	9	1198	68
20. Karlsruhe...	16	16	2626	8
21. Straßburg...	11	7	294	4
Zusammen...	851	838	80873	1915

In den berichtenden Zweigvereinen waren am Feststellungsstage arbeitslos:

Bezirk	Maurer	Hilfsarbeiter	Stellenarbeiter	Eisenarbeiter	Hilfsarbeiter	Eisenarbeiter	Stellenarbeiter	Zusammen
1. Königsberg	109	95	—	—	—	—	—	194
2. Bromberg	185	19	—	—	—	—	—	204
3. Stettin	106	16	—	—	—	—	—	122
4. Breslau	189	27	—	7	1	—	—	225
5. Berlin	148	40	11	98	7	2	—	306
6. Magdeburg	67	10	—	2	1	—	—	80
7. Erfurt	53	7	—	—	—	—	—	60
8. Frankfurt	17	4	—	2	3	—	—	26
9. Geln	6	1	2	3	3	—	—	13
10. Dortmund	11	1	—	—	—	—	—	12
11. Hannover	47	7	—	—	—	—	—	55
12. Bremen	16	3	—	2	—	—	—	21
13. Hamburg	98	28	—	13	7	1	—	145
14. Weeslau	83	15	—	—	—	—	—	98
15. Dresden	392	39	—	—	—	—	—	431
16. Leipzig	272	49	2	17	4	—	—	344
17. Nürnberg	74	17	—	10	—	—	—	102
18. München	88	26	16	4	—	—	—	133
19. Stuttgart	31	1	—	39	4	—	—	75
20. Karlsruhe	8	2	—	—	—	—	—	10
21. Straßburg	4	1	—	2	—	—	—	7
Zusammen...	1633	338	30	201	31	8	7	2542

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen und Sektionen.

Nach einer Mitteilung aus Widen bestehen dort auf der Baustelle des Unternehmens ...

Gipser und Stukkateure.

Vertragsverlängerung in Posen. Der Stukkateurverein in Posen, der im vorigen Jahre nicht gekündigt wurde ...

Zur Volksbewegung im süddeutschen Gipsergewerbe. Am 25. u. 26. März fand unter Leitung des Bürgermeisters Herr Dr. Jircau in Durlach eine weitere Verhandlung ...

Eingegangene Schriften.

Haus, Garten, Feld. Heft 1 des 8. Jahrganges mit den Beilagen "Der Garten" und "Tiergüter und Tierfreund" ...

Briefkasten.

Bauarbeiter oder Bauhilfsarbeiter. (An Fr. S. in Forstheim.) Wenn im "Grundstein" gelegentlich noch von Bauarbeitern und Bauarbeitern gesprochen wird ...

Befanntmachungen des Vorstandes.

Vom 20. bis 26. März sind durch die Zweigvereine folgende Beträge gesandt: Danzig M. 101,50, Eilenburg 549,50 ...

Abrechnung des Deutschen Bauarbeiterverbandes für das Jahr 1915.

Table with columns: Einahme in den Zweigvereinen, Ausgaben, Bilanz, and Summa. Includes sub-headers like 'Von vierten Quartal 1914 am Orte verbliebene Hauptkassengelder'.

Table with columns: Einahme in den Zweigvereinen, Ausgaben, Bilanz, and Summa. Includes sub-headers like 'An die Hauptkasse eingeliefert'.

Table with columns: Betrag, Sparten, and various sub-headers. Includes 'Für Unterfertigung an Gemäßigten', 'Kriegsunterfertigung in Westfalen', 'Einnahme in der Hauptkasse'.

Ausgabe in der Hauptkasse.

Table with columns: Betrag, Sparten, and various sub-headers. Includes 'Für das Verbandswesen', 'Zeitung in fremden Sprachen', 'Agitation, Zuschuß an die Bezirksstellen'.

Bilanz.

Table with columns: Einahme, Ausgabe, and Summa. Includes 'Einnahme M. 3929140,62', 'Ausgabe M. 3921477,16'.

Hamburg, den 27. März 1916.

Herrn Kober, Kassierer. Vorliegender Rechnungsschluß ist von uns revidiert und mit den Kassensüchern und Belegen übereinstimmend befunden ...

Die Revisoren: H. Maritz, S. Levy, Wilh. Albrecht.

Abrechnung der Jugendabteilung für das Jahr 1915.

Table with columns: Betrag, Sparten, and various sub-headers. Includes 'Beitrag der Jugendabteilung', 'Verkaufte Zeitungsnummern', 'Einnahme'.

Ausgabe.

Table with columns: Betrag, Sparten, and various sub-headers. Includes 'Für die Arbeiter-Jugend', 'Arbeitslosenunterstützung', 'Krankenunterstützung'.

Hamburg, den 27. März 1916.

Herrn Kober, Kassierer. Revidiert und für richtig befunden. Die Revisoren: H. Maritz, S. Levy, Wilh. Albrecht.

Zentralfrankenkasse.

Bekanntmachung. Die Abrechnungsschemulare für das erste Quartal 1916 sowie die gedruckten Jahresabrechnungen für 1915 sind an die Ortsverwaltungen versandt ...

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Sterbefälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Stelle folgt (s. A.). Berlin. Am 19. März starb unser Mitglied August Gräbnitz (Maurer) im Alter von 74 Jahren an Herzschwäche. Breslau. Am 19. März starb unser Mitglied Karl Fintuske (Maurer) im Alter von 58 Jahren an Darmblutung. Am 20. März starb unser Mitglied August Dressler (Maurer) im Alter von 42 Jahren an Lungenerkrankung. Bromberg. Am 21. März starb der Kollege Hermann Schmeider (Maurer) im Alter von 56 Jahren an Schwundkräften. Celle. Am 18. März starb unser langjähriger Mitglied und Mitbegründer des Verbandes August Wisotsky an Augenbluten im Alter von 62 Jahren. Dresden. Am 19. März starb unser Kollege Karl Kantschke (Maurer) aus Ploßsch im Alter von 68 Jahren an Magenkrebs. Am 22. März starb der Maurerlehrling Arno Müller im Alter von 17 Jahren an der Juckerkrankheit. Duisburg. Am 29. Februar starb unser langjähriger Mitglied Alb. Krüger im Alter von 81 Jahren. Göttingen. Am 11. März starb unser langjähriger, treues Mitglied Joachim Höpner (Maurer) im Alter von 65 Jahren. Hamburg. (Bramfeld.) Am 19. März starb unser Mitglied W. Langhein (Maurer) im Alter von 71 Jahren an Herzleiden. Am 20. März starb unser Mitglied Gust. Peters (Maurer) im Alter von 60 Jahren an Magenleiden. Mainz. (Bretzenheim.) Am 14. März starb unser Mitglied Karl Pfaff (Hilfsarbeiter) im Alter von 68 Jahren an Rheumatismus. München. (Sendling.) Am 16. März starb der Kollege Josef Fuchsner (Hilfsarbeiter) im Alter von 64 Jahren an Augenleiden. Zerbst. Am 20. März starb unser treues Mitglied Friedrich Franke (Maurer) im Alter von 59 Jahren an Herzleiden. Ehre ihrem Andenken!